wachsende Bedürfnis der Kinder zu selbständigem verantwortlichen Handeln ist zu berücksichtigen.

- (3) *Kinder genießen staatlichen Schutz vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und Mißhandlung. Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder die Kinder aus anderen Gründen zu vernachlässigen drohen.*
- (4) *Der Staat fördert die Möglichkeit von Eltern, ihre Familienpflichten mit der Erwerbstätigkeit und der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren, insbesondere durch den Ausbau von Einrichtungen der Kindesbetreuung, Ganztagschulen und Arbeitszeitregelungen. Die Verantwortlichkeit für Kinder darf Eltern nicht bei der Aus- und Weiterbildung, im Erwerbsleben oder in der Alterssicherung benachteiligen.*

Barbelies Wiegmann

Voraussetzungen für das Selbstbestimmungsrecht der Frau

Zur Einstimmung eine Szene: Eine Hausfrau beim Arbeitsamt.¹

»... Name? Müller, Elisabeth ... Alter? 45. Beruf? Hausfrau ... ach so, also: ohne Beruf ... Ja, dann weiß ich nicht, was ich für Sie tun soll, Frau Müller«, sagt die Sachbearbeiterin Meier und zieht die Augenbrauen hoch: »Wir sind hier nur für Personen zuständig, die gearbeitet haben und eine neue Stelle suchen ...« Frau Müller entschuldigt sich: »Wegen der Kinder war das halt bisher nicht möglich. Mein Mann war viel beruflich unterwegs und ...« »... Verstehe, verstehe, hm, hm«, unterbricht Frau Meier. »... daß Sie aber nicht mal halbtags ... Wie bitte? ... mit ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe können wir hier nichts anfangen ...« Frau Müller schlägt schüchtern vor: »Vielleicht gäb's für mich eine soziale Aufgabe?« »Haben Sie Papiere, ein Diplom? Nein? Dann schaut es schlecht aus, sehr schlecht ...« Frau Meier blättert in einem Aktenstoß. »Vielleicht wär' das was ... Sagen Sie, Frau Müller, Sie als Hausfrau, Sie brauchen nicht zufällig einen Rechtschreibkurs? Da läuft gerade so eine Maßnahme ... soso, Abitur ... das ist schade ... hm, hm hören Sie«, die Stimme wird lebhaft, »... da hätten wir noch was: Wiedereingliederung von Alkoholabhängigen ins Erwerbs... Jetzt seien Sie doch nicht gleich beleidigt, Frau Müller!« Frau Müller bricht in Tränen aus. Frau Meier seufzt erleichtert: »Jetzt hab ich's: Sie sind depressiv! Wo hab' ich nur den Zettel mit dem Rehabilitationsprogramm unter psychologischer Leitung? ... Da ist er ja! Wie? Sie sind pumperlgesund! ... Deshalb brauchen Sie mich doch nicht anzuschreien, Frau Müller! Das hat man davon, wenn man sich einmal die Zeit

nimmt mit Frauen wie Ihnen. Schließlich kann ich ja nichts dafür, wenn Sie nie gearbeitet haben!...« Frau Müller steht nicht allein.

- Die Mutter von 4 Kindern, die nach der Geburt des ersten Kindes ihren Beruf aufgegeben hat, sagt: »Ich arbeite nicht.«
- Die Büroangestellte, die ihr erstes Kind bekommt, nimmt die ihr gesetzlich zustehende Erziehungszeit von 18 Monaten, genannt »Erziehungsurlaub«. Ein Blick in das Lexikon belehrt uns: »Urlaub ist der von Berufspflichten freie, der Erholung dienende Zeitraum.«
- Die 48 Jahre alte Hausfrau antwortet auf die Frage, ob sie nun wieder, da die Kinder groß sind, berufstätig sei: »Nein, ich arbeite immer noch nicht, ich pflege meine beiden kranken und gebrechlichen Schwiegereltern.«

Inzwischen haben Frauenforscherinnen die familiäre Alltagsarbeit erforscht, jene Arbeit, die weder von außen noch von den Betroffenen selbst als Arbeit gewertet wird. Nach einem Bericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit von 1989 leisten erwerbstätige Frauen durchschnittlich 40-60 Stunden Haus- und Familienarbeit pro Woche, nichterwerbstätige Frauen etwas mehr.² Die in Haushalten jährlich geleistete Arbeit wird auf 53-60 Milliarden Arbeitsstunden geschätzt, dies sind mehr Arbeitsstunden, als in der gesamten Erwerbswirtschaft geleistet werden. Der Wert der in allen Haushalten geleisteten Arbeit wird jährlich auf einen Wert von 1,1 Billionen DM geschätzt. Dies entspräche auf 1982 bezogen, 68% des Bruttosozialprodukts in der alten Bundesrepublik.³ Diese hiermit erstmalig auch in Zahlen erfaßte Arbeit zeigt folgende typische Merkmale:

- Es handelt sich um Arbeit im Privatbereich, die fast ausschließlich von Frauen geleistet wird. Alle Untersuchungen der letzten Jahre belegen, daß Männer sich hieran mit weniger als 10% beteiligen, auch dann noch meist in Form von Hilfe, selten in eigener Verantwortung.⁴ Noch immer ist bekanntlich unsere patriarchalische kapitalistische Gesellschaft geprägt von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: Der Mann ist grundsätzlich zuständig für Beruf, Gelderwerb und Öffentlichkeit; die Frau ist grundsätzlich zuständig für Haushalt, Familie und Kinder, dies auch dann, wenn sie – nebenbei – erwerbstätig ist.
- Die familiäre, den Frauen zugewiesene Alltagsarbeit wird in der Regel gegenüber vertrauten Menschen im Privatbereich erbracht. Sie gilt als »tätige Liebe«, die *unbezahllbar* und selbstverständlich *unbezahlt* ist. Die Tatsache, daß diese Arbeit die Gesellschaft nichts kostet, ist nicht nur die Grundlage der kapitalistischen Industriegesellschaft, sondern auch unseres Sozialstaates und insbesondere unseres Rentensystems.
- Privatarbeit ist schließlich unsichtbar. Sie wird nur negativ wahrgenommen, d.h. sie wird in der Regel nur dann bemerkt, wenn sie *nicht* gemacht wird. Es ist eine der beachtlichsten Leistungen des Patriarchats, daß es bis heute gelungen ist, diese riesige gesellschaftliche Arbeitsmenge unsichtbar, d.h. unter der patriarchalischen Decke halten zu können. Offenbar war dies Voraussetzung dafür, daß Frauen bisher geduldig bleiben und ihre Belastung im Privatbereich

selbst nicht als Arbeit wahrnehmen, obwohl Frauen zusammen mit ihrer Tätigkeit im Erwerbsbereich insgesamt zwei Drittel aller gesellschaftlichen Arbeit erbringen.

Die Folgen der Zuweisung gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Privatbereich allein an Frauen sind bekannt. Frauen haben – falls sie nicht auf Kinder verzichten – die sogenannte »Wahl« zwischen Doppelbelastung und Berufsverzicht. Berufstätige Familienhausfrauen arbeiten je nach Größe des Haushalts zwischen 20 und 60 Stunden pro Woche zusätzlich zur Erwerbsarbeit⁵. In der Zeit, die nach Büro- oder Fabrikschluß in der Regel Feierabend für den Mann bedeutet, wartet auf die Frau der zweite Arbeitsplatz. Oft wird deshalb die Berufstätigkeit eingeschränkt – ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit⁶ – oder verzichtet auf Qualifikationen. Im Angesicht dieser Realität, verbunden mit der Tatsache, daß nur für 3% der Kinder Krippen- und Kinderhortplätze angeboten werden, Kindergartenplätze zu 68%, Ganztagschulen überwiegend fehlen,⁷ ist es fast verständlich, daß bis heute viele Frauen trotz guter Berufsausbildung ihren Beruf ganz aufgeben und die Hausfrauenehe wählen. Von den Frauen zwischen 25 und 45 sind immerhin 43% nicht erwerbstätig.⁸ Das bedeutet neben dem Verzicht auf Entfaltung beruflicher Fähigkeiten wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ehemann, der damit eine Machtposition erhält, und eine wirtschaftliche Katastrophe, wenn die Ehe – wie es bei jeder dritten der Fall ist – geschieden wird.⁹

Da der bundesdeutsche Mann sicher sein kann, daß Ehefrauen, Mütter oder Freundinnen ihm zu Hause den Rücken von allen privaten Pflichten freihalten, kann er sich mit vollen Kräften für Beruf und Karriere einsetzen. Bis heute sitzen in allen Spitzenpositionen wirtschaftlicher oder politischer Macht, dort also, wo die zukunftsweisenden Entscheidungen für unsere Gesellschaft getroffen werden, fast ausschließlich Männer.¹⁰ Es ist kaum zu erwarten, daß die Mehrzahl der Männer ernsthaft daran interessiert ist, an der jetzigen skandalösen Arbeitsaufteilung grundlegend etwas zu ändern. 80% aller Männer und 84,6% aller Väter, die z.B. in der BRIGITTE-Studie »Der Mann« (1985) befragt wurden, urteilten über die Hausfrauenehe »finde ich gut«.¹¹ Nach der Europa-Studie von 1987 waren zwei Drittel aller bundesdeutschen Männer im Prinzip für die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern. 58% dieser Männer waren ausdrücklich gegen eine bezahlte Tätigkeit ihrer Frauen.¹² 56% der heutigen Väter behaupten, keine Zeit für ihre Kinder zu haben.¹³ Ich schlage daher alternativ folgende verfassungsrechtliche Formulierung vor:

Art. 3 Abs. 2 GG soll lauten:

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat hat Rahmenbedingungen zu schaffen, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft herzustellen, insbesondere durch geeignete Maßnahmen, die es Frauen und Männern ermöglichen, Erwerbsarbeit und die Leistung notwendiger Arbeit im Privatbereich zu vereinbaren.

Oder: Art. 12 GG soll wie folgt ergänzt werden:

Der Staat hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß Frauen und Männer in gleicher Weise Erwerbsarbeit und die tägliche Arbeit im Privatbereich vereinbaren können.

Anmerkungen

- 1 *Süddeutsche Zeitung* vom 8.3.1988.
- 2 Vgl. *Frauen in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG), Bonn 1989, S. 53.
- 3 Vgl. ebd., S. 55.
- 4 Vgl. Sigrid Metz-Göckel; Ursula Müller: *Der Mann: Die Brigitte Studie*, Hamburg 1985; vgl. auch »Geschlechtsrollen im Wandel«, Schriftenreihe des BMJFFG Bd. 235 (1988), S. 71.
- 5 Vgl. Anmerkung 2.
- 6 Vgl. Ursula Engelen-Kefer: Frauenerwerbstätigkeit und demographischer Wandel. In: *Informationen für die Frau* (1989), H. 6, S. 3.
- 7 Vgl. Info Nr. 3 der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Bonn, Mai/Juni 1990.
- 8 Vgl. Heidrun Hoppe: Familienarbeit: Neue Ansprüche – neue Konflikte? In: *Informationen für die Frau* (1988), H. 11/12, S. 17.
- 9 Vgl. Barbelies Wiegmann: *Ende der Hausfrauenehe – Plädoyer gegen eine trügerische Existenzgrundlage*, Reinbek, 3. Aufl., 1984.
- 10 Vgl. Barbelies Wiegmann: Widerstand gegen Gleichberechtigung. In: *Rechtsalltag von Frauen*, hrsg. von Ute Gerhard; Jutta Limbach, Frankfurt/M. 1988, S. 240.
- 11 Vgl. Brigitte-Studie; Anmerkung 4.
- 12 Vgl. *Frauen und Männer Europas im Jahr 1987*, Studie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1987.
- 13 Vgl. *Die Familie*, hrsg. vom Deutschen Familienverband e.V., Bonn, (1989), H. 3, S. 30.

Renate Sadrozinski

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung verankern!

Das Recht jeder Frau zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht, muß in der Verfassung verankert werden. Das ist nötig, weil uns bisher dieses Recht verweigert wurde, obwohl die Grundrechte schon jetzt dafür sprechen, daß wir es einklagen könnten:

Art. 1 GG – postuliert die unantastbare Würde des Menschen, also auch der Frauen;